Bundestag berät zunächst nicht über jüdische Militärseelsorge

25. März 2020



Berlin (KNA) Der Bundestag berät am Mittwoch nicht wie geplant über eine Wiedereinführung der jüdischen Militärseelsorge in Deutschland. Die aktuelle Krise wegen des Coronavirus machte eine Änderung des Sitzungsprogramms notwendig, wie das Parlament am Dienstag mitteilte. Ein neuer Termin für die Beratung steht noch nicht fest. Erstmals seit 100 Jahren soll es in der deutschen Armee wieder Militärrabbiner geben. Dazu liegt ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor. Dieser soll den Staatsvertrag umsetzen, den Verteidigungsministerin Annegret Kramp Karrenbauer (CDU) und der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, im Dezember unterzeichnet hatten.

Die Zustimmung des Bundestags ist erforderlich, damit wie geplant zehn Militärrabbiner bei der Bundeswehr tätig werden können. Vorgesehen war, dass die jüdischen Militärseelsorger in diesem Jahr ihre Arbeit aufnehmen. Der Gesetzentwurf geht zunächst in die Ausschüsse des Parlaments. Nach Schätzungen der Bundesregierung dienen in der Bundeswehr etwa 300 Soldaten jüdischen Glaubens und rund 3.000 muslimische Soldaten. Auch eine muslimische Seelsorge ist angedacht. Unter den rund 180.000 Soldaten dienen zudem etwa

90.000 Christen. Sie werden von evangelischen und katholischen Seelsorgern betreut. Die Religionszugehörigkeit der Soldaten wird auf freiwilliger Basis erfasst.

© KNA. Alle Rechte vorbehalten.

Stand: 16. November 2026